



Arbeiten bis zum Umfallen mit der neuen CDU-Spitze?

Pressemitteilung von Matthias W. Birkwald, 21. November 2018

"Die drei Kandidaten für den CDU-Parteivorsitz haben die Katze aus dem Sack gelassen: Sie wollen zurück in die rentenpolitische Steinzeit. Die Lebensarbeitszeit soll auf dem Rücken der Beschäftigten verlängert werden, weil die Rente angeblich nicht mehr zu finanzieren sei", kommentiert Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, die gestrigen Äußerungen der drei Unions-Kandidaten Kramp-Karrenbauer, Merz und Spahn. Birkwald weiter:

„Schon heute schaffen es hunderttausende Menschen nicht in ihrem Job bis zur Regelaltersgrenze. Nur 40 Prozent aller Neurentnerinnen und Neurentner gingen 2017 aus einer regulären Beschäftigung in Rente. Bei den Regelaltersrenten waren es sogar nur 25 Prozent aller Neurentnerinnen und Neurentner. Das heißt umgekehrt: So lange Arbeitslosigkeit und Krankheit in den letzten Jahren vor dem Rentenbeginn immer noch überdurchschnittlich verbreitet sind und solange Jahr für Jahr über 350.000 Menschen eine

Erwerbsminderungsrente beantragen müssen und 150.000 dieser Anträge abgelehnt werden, solange ist jedes Reden über Arbeiten bis 70 oder 75 ein Schlag ins Gesicht der Menschen.

DIE LINKE bleibt dabei: Wir brauchen mehr Reha, wir brauchen alters- und altersngerechte Arbeitsplätze, wir brauchen einen leichteren Zugang in die Erwerbsminderungsrenten und ein Sonderprogramm gegen die Arbeitslosigkeit von Älteren. Als erstes muss aber die Rente erst ab 67 abgeschafft werden. Das wäre mit einem halben Beitragssatzpunkt auch zu finanzieren und würde einen Durchschnittsverdienenden und seine Chefin gerade einmal 7,89 Euro mehr im Monat kosten.“